



Projektförderung PVE

Förderungsrichtlinie für den österreichischen Aufbau- und Resilienzplan
gemäß VO 2021/241

Maßnahme: Stärkung der Primärversorgung (Förderung Typ B)

Geschäftszahl: GZ 2021-0.820.858

Erstellt von: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und
Konsumentenschutz; Sektion VII, Gruppe B, Abteilung 5

Bei der vorliegenden Richtlinie handelt es sich um eine Sonderrichtlinie auf der Grundlage der vom Bundesminister für Finanzen erlassenen „Allgemeinen Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln (ARR 2014)“.

Datum des Inkrafttretens: 1. März 2022

Inhalt

1	Präambel.....	4
2	Zielsetzungen und grundsätzliche Erläuterungen.....	5
3	Evaluierung	6
4	Abgrenzung zu und Kombination mit anderen Förderungsinstrumenten	7
5	Rechtliche Grundlage.....	8
6	Förderungswerber:innen	9
7	Förderungsgegenstand	10
7.1	Förderungsvorhaben	10
7.2	Förderungsart und -höhe.....	10
7.3	Förderbare Kosten	11
7.4	Nichtförderbare Kosten	12
8	Laufzeit	14
9	Publizität.....	15
10	Verfahren.....	16
10.1	Förderungseinreichung.....	16
10.2	Förderungsprüfung und -entscheidung.....	18
10.3	Förderungsvertrag	18
10.4	Abrechnung und Auszahlung.....	19
10.5	Auflagen und Bedingungen	19
11	Auskünfte und Überprüfungen	22
12	Rückzahlung.....	24
13	Datenschutz	27
14	Geltungsdauer der Sonderrichtlinie	29

1 Präambel

Mit der Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility – RRF) der Europäischen Kommission (EK) werden den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) Mittel zur Verfügung gestellt, um Europa nachhaltig zu stärken und resilienter zu gestalten. Neben den länderspezifischen Empfehlungen 2019 und 2020 sollen in den Plänen der EU-Länder vor allem Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Resilienz sowie die Unterstützung des grünen und digitalen Übergangs berücksichtigt werden. Nach positiver Bewertung durch die EK am 21. Juni 2021 wurde beim Rat der EU-Finanzminister:innen am 13. Juli 2021 der entsprechende Durchführungsrechtsakt verabschiedet und der nationale Aufbau- und Resilienzplan offiziell angenommen.

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) hat im Rahmen der RRF ein Projekt zur Stärkung und Attraktivierung der Primärversorgung (PV) mit Investitionen erfolgreich eingereicht. Dieses Projekt umfasst neben Maßnahmen zur Attraktivierung der Primärversorgung auch die finanzielle Förderung von Projekten in der Primärversorgung.

Zum einen geht es hierbei um die direkte Förderung von Neugründungen von Primärversorgungseinheiten (PVE) mit dem Ziel, die Anzahl der PVE in Österreich zu erhöhen (Projekttyp A), zum anderen um die Förderung konkreter Projekte in der bereits bestehenden Primärversorgung in den Bereichen Klima, soziale Inklusion, Digitalisierung und Infrastruktur sowie Fort- und Weiterbildung (Projekttyp B).

Mit der gegenständlichen Sonderrichtlinie werden Investitionsförderungen für bestehende PVE (Projekttyp B) geregelt.

2 Zielsetzungen und grundsätzliche Erläuterungen

Gemäß Anhang zum österreichischen Aufbau- und Resilienzplan werden folgende Ziele verfolgt:

- Sicherstellung der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit in PVE
- Verbesserung und Erweiterung der digitalen und räumlichen Infrastruktur sowie der angebotenen Leistungen in PVE
- Umsetzung PV-spezifischer Fort- und Weiterbildungsangebote

Mit dieser Sonderrichtlinie soll die Initiierung von Projekten bestehender PVE zur Umsetzung der o.a. Ziele unterstützt werden. Im Hinblick auf die in den gesetzlichen und gesamtvertraglichen Grundlagen festgelegten Anforderungen, insbesondere betreffend den Leistungsumfang, wird die PVE und ihre Infrastruktur ausschließlich oder fast ausschließlich zum Zweck der Erbringung von kassenvertraglichen Leistungen (nichtwirtschaftliche Tätigkeit) verwendet.

Ziel dieser Sonderrichtlinie ist eine effiziente, transparente und durch die Eckpunkte des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans festgelegte Investitionsförderung für bestehende PVE gemäß Primärversorgungsgesetz (PrimVG) durch das BMSGPK.

3 Evaluierung

Die Evaluierung ist im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz durchzuführen und hat zumindest folgenden Indikator zu enthalten:

- Anzahl der initiierten Projekte im Bereich der Primärversorgung nach dieser Richtlinie¹

Zum Zwecke der Evaluierung kann die aws (Abwicklungsstelle) die Bereitstellung zusätzlicher Daten von den Förderungsnehmerinnen und Förderungsnehmern verlangen, um die oben beschriebenen Effekte darzustellen.

¹ Der Indikator orientiert sich an dem im Rahmen des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans festgelegten Meilenstein, der vorsieht, dass bis zum Ende des zweiten Quartals 2025 rund 65 Projekte in der bestehenden Primärversorgung entlang der o.a. Zielsetzungen begonnen und gefördert werden.

4 Abgrenzung zu und Kombination mit anderen Förderungsinstrumenten

Bei der Vergabe von Förderungen nach dieser Richtlinie sind Mehrfachförderungen für die gleiche Investition gemäß § 13 Abs. 1 ARR auszuschließen. Eine Kombination mit anderen Förderungsinstrumenten ist – soweit dies im Förderungsantrag angeführte Kosten betrifft – nicht möglich.

Die Förderung mehrerer unterschiedlicher Projekte eines Förderungswerbers bzw. einer Förderungswerberin nach dieser Förderungsrichtlinie ist möglich, soweit dadurch insgesamt weder die maximale Zuschusssumme gemäß Punkt 7.2 noch die Grenzen für die einzelnen förderbaren Kostenkategorien gemäß Punkt 7.3 überschritten werden.

Förderungswerber:innen ist eine Mitteilungspflicht bis zum Abschluss des Förderungsvorhabens aufzuerlegen, die bereits eingereichte, zugesagte und erhaltene Förderungen sowie auch jene Förderungen umfasst, um die Förderungswerber:innen nachträglich ansuchen.

5 Rechtliche Grundlagen

Die nachfolgenden Rechtsvorschriften sind bei der Förderungsvergabe in folgender Reihenfolge zu berücksichtigen. Diese Förderung stellt keine Beihilfe im Sinne des Art. 107 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dar, weil die dort angeführten Voraussetzungen nicht gegeben sind.

1. Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität
2. Verordnung (EU) 2018/1046 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012
3. Allgemeine Rahmenrichtlinie für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln, BGBl. II Nr. 208/2014 i. d. g. F. (im Folgenden: ARR 2014)
4. Förderungsantrag sowie Förderungsvertrag zwischen der Abwicklungsstelle und den Förderungsnehmerinnen/Förderungsnehmern
5. Bundesgesetz über die Primärversorgung in Primärversorgungseinheiten (Primärversorgungsgesetz – PrimVG), BGBl. I Nr. 131/2017 i. d. g. F. (im Folgenden: PrimVG)

6 Förderungswerber:innen

Förderungswerber:innen sind ausschließlich Betreiber:innen von PVE im Sinne des PrimVG, die über einen Primärversorgungsvertrag bzw. -sondervertrag mit der ÖGK im Sinne des § 7 PrimVG verfügen. Vertragspartner:innen des Förderungsvertrags sind die im PrimVG vorgesehenen Rechtspersönlichkeiten.

Nicht förderungsfähig sind:

- Förderungswerber:innen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Förderung und ihrer Unvereinbarkeit nicht nachgekommen sind, solange die Förderungswerber:innen die Rückabwicklung der inkompatiblen Förderung nicht vollzogen haben;
- Förderungswerber:innen, wenn gegen sie oder gegen einen geschäftsführenden Gesellschafter bzw. eine geschäftsführende Gesellschafterin zum Zeitpunkt der Antragstellung ein Insolvenzverfahren anhängig ist oder sie die gesetzlich vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag der Gläubiger:innen erfüllen.

7 Förderungsgegenstand

7.1 Förderungsvorhaben

Förderbare Vorhaben sind Projekte zur Stärkung der Primärversorgung in Österreich, die von bereits in Betrieb befindlichen PVE (bestehenden PVE) einzureichen sind. Die förderbaren Vorhaben umfassen folgende Themenbereiche:

- ökologische und soziale Nachhaltigkeit in PVE, insbesondere in den Bereichen Klima (z. B. Verbesserung der Energieeffizienz, E-Mobilität) sowie soziale Inklusion, um bestmöglich auf die Bedürfnisse von Patienten und Patientinnen eingehen zu können und personenzentrierte Leistungen zu schaffen (z. B. Sicherstellen der sprachlichen und räumlichen Barrierefreiheit)
- digitale und räumliche Infrastruktur sowie das Leistungsangebot in einer PVE, insbesondere um auf geänderte Bedürfnisse einzugehen und Anpassungen aufgrund der Erfahrungen aus der COVID-19-Pandemie vorzunehmen. Im Rahmen der Digitalisierung von PVE können z. B. Projekte, mit denen digitale Anwendungen und die Ausstattung vor Ort (Kommunikation, Dokumentation, Datenschutz) unterstützt werden, gefördert werden.
- PV-spezifische Fort- und Weiterbildungsangebote, insbesondere zur Vertiefung und Schwerpunktsetzung der qualitätsvollen Versorgung in PVE sowie zur Unterstützung der interprofessionellen Zusammenarbeit (z. B. Coaching, Prozessoptimierung), um der Bevölkerung ein bedarfsorientiertes, evidenzbasiertes und umfassendes Leistungsspektrum zur Verfügung zu stellen.

7.2 Förderungsart und -höhe

Die Förderung erfolgt in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses und beträgt 50 % der eingereichten und genehmigten Kosten, d. h. die Zuschusssumme beträgt 50 % der förderbaren Kosten.

Die maximale Zuschusssumme beläuft sich auf EUR 200.000,- (in Worten: zweihunderttausend Euro).

Diese nicht rückzahlbaren Zuschüsse stammen aus Mitteln der Aufbau- und Resilienzfähigkeit der EU, die vom BMSGPK (haushaltsführende Stelle) verwaltet werden. Sie werden von der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) als abwickelnder Stelle im Namen und auf Rechnung des Bundes ausbezahlt.

Der:Die Förderungswerber:in hat keinen Rechtsanspruch auf Genehmigung der Förderung.

7.3 Förderbare Kosten

Der frühestmögliche Zeitpunkt für eine Kostenanerkennung ist gemäß § 19 ARR 2014 der Tag des Einlangens des Förderungsansuchens bei der Abwicklungsstelle (Anerkennungstichtag). Kosten, die vor dem Anerkennungstichtag entstanden sind, sind nicht förderbar. Rechnungen müssen auf den:die Förderungswerber:in ausgestellt sein.

Soweit in dieser Sonderrichtlinie keine abweichende Regelung vorgesehen ist, sind nur Neuinvestitionen in das abnutzbare Anlagevermögen einer Primärversorgungseinheit förderungsfähig. Neuinvestitionen sind aktivierungspflichtige Investitionen in materielle oder immaterielle Vermögensgegenstände des abnutzbaren Anlagevermögens, die bisher im Anlagevermögen bzw. Anlagenverzeichnis des Förderungswerbers bzw. der Förderungswerberin bzw. ihrer Mitglieder/Eigentümer:innen noch nicht aktiviert waren.

Für Förderungswerber:innen bzw. ihre Mitglieder/Eigentümer:innen, die ihren Gewinn gemäß § 4 Abs. 3 EStG (Einnahmen-Ausgaben-Rechner) oder gemäß § 4 Abs. 1 EStG ermitteln, sind Neuinvestitionen Investitionen in Wirtschaftsgüter, die erstmalig in das steuerliche Anlagenverzeichnis aufgenommen werden. Wird die Gewinnermittlung per Pauschalierung vorgenommen, sind diese Vorschriften analog anzuwenden. Als Neuinvestition kommen auch gebrauchte Güter infrage, sofern es sich um eine Neuanschaffung für die Förderungswerber:innen bzw. ihre Mitglieder/Eigentümer:innen handelt und diese Güter von unabhängigen Dritten entgeltlich erworben werden.

Förderbare Kosten sind folgende aktivierungspflichtige Investitionen:

- Kosten für den Ausbau einer PVE, Instandsetzungsmaßnahmen und bauliche Adaptierungen und/oder für den Erwerb bestehender Räumlichkeiten zum Zweck der

Nutzung für die PVE bis zu einer Höhe von 270.000,- Euro, maximal jedoch 3.000,- Euro/m²

- Kosten für medizinische Ausstattung gemäß Qualitätssicherungsverordnung 2018, Österreichischem Strukturplan Gesundheit (Leistungsmatrix) und Versorgungskonzept gemäß § 6 PrimVG bis zu einer Höhe von 40.000,- Euro

Ergänzend zu den obigen Bestimmungen sind zusätzlich

- Kosten für zweckmäßige Fort- und Weiterbildungen in einer PVE (z. B. Coaching, Teambuilding, Prozessoptimierung) bis zu einer Höhe von 20.000,- Euro,
- Kosten für nachhaltige Mobilität (E-Mobilität² und Fahrräder) bis zu einer Höhe von 40.000,- Euro,
- Kosten für weitere nichtmedizinische Ausstattung der PVE (z. B. Einrichtungsgegenstände, Laptops, Computer, Beamer, behindertengerechte Ausstattung) – ausgenommen nachhaltige Mobilität – und immaterielle Investitionskosten (z. B. Lizenzen für Ärztesoftware) bis zu einer Höhe von 20.000,- Euro,
- Planungskosten bis zu einer Höhe von 10 % der förderbaren Kosten für den Ausbau einer PVE und bauliche Adaptierungen bestehender Räumlichkeiten

förderbar – unabhängig davon, ob diese aktivierungspflichtig sind.

7.4 Nichtförderbare Kosten

Nicht förderbar sind insbesondere

- Kosten, die vor dem Anerkennungsstichtag angefallen sind,
- der Erwerb unbebauter Grundstücke,
- Finanzanlagen,
- Finanzierungskosten,
- Unternehmensübernahmen,
- aktivierte Eigenleistungen,

² Die Anschaffung von Fahrzeugen mit reinem Elektroantrieb (BEV) und Brennstoffzellenfahrzeuge (FCEV) aller Fahrzeugkategorien (einspurige und mehrspurige Fahrzeuge) sowie von E-Sonderfahrzeugen ist nur dann förderfähig, wenn deren Bruttolistenpreis (Basismodell) 60.000,- Euro nicht übersteigt.

- Kosten für Güter und für die Errichtung und Ausstattung von Räumlichkeiten, die nicht dem Betrieb einer PVE dienen (z. B. Nutzung für private Zwecke),
- Kosten für Kleinbetragsrechnungen unter 200,- Euro,
- klimaschädliche Investitionen.

Als klimaschädliche Investitionen gelten Investitionen in die Errichtung bzw. die Erweiterung von Anlagen, die der Förderung, dem Transport oder der Speicherung fossiler Energieträger dienen, sowie die Errichtung bzw. die Anschaffung von Anlagen (einschließlich Transportmitteln), die fossile Energieträger direkt nutzen. Dies gilt auch für die Instandhaltung oder Instandsetzung dieser Anlagen. „Direkte Nutzung“ bedeutet eine technisch-funktionale Verbindung mit der Anlage. Nicht von der direkten Nutzung erfasst sind die Auswirkungen der Anlage auf Gesamtbauwerke.

Dazu zählen

1. Kraftfahrzeuge, die fossile Energieträger nutzen,
2. Anlagen zur Gebäudekonditionierung und Warmwasserbereitung auf Basis fossiler Energieträger,

Die auf die förderbaren Kosten entfallende Umsatzsteuer ist keine förderbare Ausgabe. Sofern diese Umsatzsteuer aber nachweislich tatsächlich und endgültig von dem:der Förderungswerber:in zu tragen ist, somit für sie oder ihn keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht, kann sie als förderbarer Kostenbestandteil berücksichtigt werden. Die – auf welche Weise immer – rückforderbare Umsatzsteuer ist auch dann nicht förderbar, wenn sie die Förderungswerberin oder der Förderungswerber nicht tatsächlich zurückerhält. Sollte eine Förderung vom Finanzamt wegen des Vorliegens einer nach dem Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663, steuerbaren und steuerpflichtigen Leistung der Förderungswerberin oder des Förderungswerbers an den Förderungsgeber nicht als Förderung, sondern als Auftragsentgelt angesehen werden und dafür von der Förderungswerberin oder vom Förderungswerber eine Umsatzsteuer an das Finanzamt abzuführen sein, ist vorzusehen, dass dieses Auftragsentgelt als Bruttoentgelt anzusehen ist. Eine zusätzliche, gesonderte Abgeltung der Umsatzsteuer – aus welchem Rechtsgrund immer – ist somit ausgeschlossen.

8 Laufzeit

Die Durchführungsfrist für förderbare Vorhaben, d. h. die Frist, innerhalb derer die vollständige Übermittlung der Abrechnungsunterlagen erfolgen soll, beträgt höchstens 1 Jahr ab dem Zeitpunkt der Förderungszusage. Eine Verlängerung dieser Frist ist in begründeten Fällen möglich, die Übermittlung hat spätestens am 30. Juni 2027 zu erfolgen.

9 Publizität

Die Förderungswerber:innen haben sicherzustellen, dass die Unionsförderung sichtbar gemacht wird, insbesondere indem das Unionslogo und ein entsprechender Hinweis auf die Finanzierung mit dem Wortlaut „Finanziert von der Europäischen Union – NextGenerationEU“ auf der Website platziert wird sowie auf Schildern während der Durchführung sowie nach Abschluss des Vorhabens, mindestens in der Größe A2, am oder im Gebäude der PVE angebracht wird.³

§ 31 ARR 2014 bleibt unberührt.

³ Detaillierte Vorgaben zu den Publizitätsvorschriften werden seitens der Europäischen Kommission noch konkretisiert. Diese Vorgaben sind in die Förderungsverträge mit den Förderungswerbern / Förderungswerberinnen aufzunehmen.

10 Verfahren

10.1 Förderungseinreichung

Förderungsanträge können ab Inkrafttreten dieser Sonderrichtlinie laufend bis zur Ausschöpfung des Förderungsbudgets bei der Abwicklungsstelle eingebracht werden, spätestens jedoch bis zum 31. Jänner 2026.

Die Förderungsvergabe erfolgt chronologisch entsprechend der Reihenfolge des Eintreffens der vollständigen Förderungsansuchen. Anträge sind ausschließlich über die elektronische Anwendung aws Fördermanager, aufrufbar unter <https://foerdermanager.aws.at>, einzureichen.

Im Zuge der Antragstellung erklärt der:die Förderungswerber:in und sichert zu, dass die Bedingungen dieser Sonderrichtlinie und die in dem Antrag enthaltenen sonstigen Bedingungen eingehalten werden, insbesondere folgende Punkte:

- Der:Die Förderungswerber:in erklärt die Kenntnisnahme der gegenständlichen Sonderrichtlinie.
- Der:Die Förderungswerber:in erklärt, alle aus der Sonderrichtlinie geltenden Verpflichtungen zu übernehmen und bestätigt die Vollständigkeit, Richtigkeit und Nachweisbarkeit der Angaben.
- Der:Die Förderungswerber:in versichert an Eides statt, dass alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgetreu und vollständig gemacht werden.
- Der:Die Förderungswerber:in nimmt zur Kenntnis, dass er:sie bei unrichtigen oder unvollständigen Angaben (§§ 146 ff. StGB) oder bei Verwendung der Fördermittel zu anderen Zwecken als zu jenen, zu denen sie gewährt wurden (§ 153 b StGB), strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann und mit empfindlichen Freiheits- oder Geldstrafen rechnen muss.
- Die Antragstellung ist von dem:der Förderungswerber:in oder vom vertretungsbefugten Organ rechtsverbindlich zu unterschreiben, wobei auch eine elektronische Signatur im Antragsprozess vorgesehen ist.
- Der:Die Förderungswerber:in bestätigt, dass die veranschlagten Kosten betreffend die medizinische Ausstattung im Hinblick auf die Vorgaben der Qualitätssicherungsverordnung, des Österreichischen Strukturplans Gesundheit (Leistungsmatrix

– ambulant) oder des Versorgungskonzepts für den Betrieb der PVE zweckmäßig sind.

- Der:Die Förderungswerber:in bestätigt, dass die PVE ausschließlich oder fast ausschließlich nichtwirtschaftliche Leistungen erbringt, d. h. dass der Anteil der kassenvertraglichen Leistungen am Jahresumsatz zumindest 80 % beträgt. Diesbezüglich ist im Rahmen der Antragstellung eine entsprechende Bestätigung eines fachkundigen Experten oder einer fachkundigen Expertin vorzulegen, der oder die gemäß dem Bundesgesetz über die Wirtschaftstreuhandberufe (Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 – WTBG 2017) dem Berufstand der Wirtschaftsprüfer:innen und Steuerberater:innen angehört. Diese Bestätigung hat den Zeitraum des vergangenen Jahres zu umfassen.

Der Förderungsantrag hat jedenfalls Angaben zu folgenden Punkten zu enthalten:

- Vertrag im Sinne des § 7 Z 2 oder Z 4 PrimVG zwischen der PVE und der Österreichischen Gesundheitskasse
- Informationen zum:zur Förderungswerber:in
- Projektkonzept (Maßnahmen, Zeitplan, ggf. Meilensteine) sowie ein detaillierter Kosten- und Finanzierungsplan
- Informationen über weitere Förderungsanträge zur Vermeidung unzulässiger Mehrfachförderungen (Selbsterklärung): Anzugeben sind geplante und erfolgte Förderungsanträge für dieselben antragsgegenständlichen Vorhabenskosten bei anderen Förderungsstellen, beim Bund, Rechtsträgern oder Gebietskörperschaften sowie etwaige erfolgte Zusagen.
- Nachweis der Preisangemessenheit durch Vorlage dreier Angebote. Bei einem Preis / einer Auftragssumme unter 100.000,- Euro sind zwei Angebote, bei einem Preis / einer Auftragssumme von unter 10.000,- Euro ist ein Angebot ausreichend.

Beizubringende Unterlagen und sonstige Informationen müssen vollständig sein, um der awS eine umfassende Beurteilung des um eine Förderung einreichenden Unternehmens sowie des zu fördernden Projekts zu ermöglichen. Werden solche Unterlagen trotz Nachfristsetzung nicht beigebracht, kann das Förderungsansuchen ohne weitere Verständigung außer Evidenz genommen werden.

10.2 Förderungsprüfung und -entscheidung

Die Abwicklungsstelle prüft den eingelangten Förderungsantrag inhaltlich und auf formale Richtigkeit und Vollständigkeit und hat dem:der jeweiligen Förderungswerber:in gegebenenfalls zur Behebung von Mängeln des Förderungsantrags eine angemessene Frist zu setzen. Im Anschluss wird der Förderungsantrag von der Abwicklungsstelle hinsichtlich der Erfüllung der Bestimmungen dieser Sonderrichtlinie geprüft.

Vor Gewährung einer Förderung aus Bundesmitteln führt die Abwicklungsstelle eine Erhebung der Fördermittel gemäß § 17 ARR 2014 durch.

Die Entscheidung über die Zuerkennung einer Förderung im Namen und auf Rechnung des Bundes, vertreten durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird per Abwicklungsvertrag der Abwicklungsstelle übertragen.

10.3 Förderungsvertrag

Über die beabsichtigte Förderung wird ein Förderungsangebot errichtet, welches sämtliche Bedingungen und Auflagen der gegenständlichen Sonderrichtlinie enthält. Das Förderungsangebot bedarf der schriftlichen Annahme und ist 2 Monate gültig.

Mit der schriftlichen Annahme kommt der Förderungsvertrag zustande. Die Förderungsverträge haben zumindest auch folgende Punkte zu umfassen:

- Bezeichnung der Rechtsgrundlage
- Bezeichnung des Förderungswerbers bzw. der Förderungswerberin einschließlich Daten, die die Identifikation gewährleisten (z. B. Geburtsdatum, Firmenbuchnummer u. Ä.)
- Beginn und Dauer der Laufzeit der Förderung
- Art und Höhe der Förderung
- Förderungsgegenstand
- förderbare und nichtförderbare Kosten
- Fristen für die Durchführung und Abrechnung sowie für die Berichtspflichten
- Auszahlungsbedingungen
- Kontrolle und gegebenenfalls Mitwirkung bei der Evaluierung

- Bestimmungen über die Einstellung und Rückzahlung der Förderung (siehe Punkte 10.5 und 12)
- Bestimmungen zur Datenverarbeitung
- sonstige zu vereinbarende Vertragsbestimmungen
- besondere Förderungsbedingungen

Änderungen des Förderungsvertrags bedürfen der Schriftform.

10.4 Abrechnung und Auszahlung

Die Abrechnung samt entsprechenden Belegen muss in der Regel binnen 3 Monaten nach Projektabschluss gelegt werden. Die Zuschusssumme wird nach Vorlage der Abrechnung aller förderbaren Kosten und durchgeführter Prüfung durch die Abwicklungsstelle als Einmalbetrag ausbezahlt.

Der:Die Förderungswerber:in ist zu verpflichten, über die Durchführung der geförderten Leistung mittels Verwendungsnachweises, bestehend aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis, zu berichten.

Aus dem Sachbericht müssen insbesondere die Verwendung der gewährten Förderung und der nachweisliche Bericht über die Durchführung des geförderten Vorhabens hervorgehen.

Die haushaltsführende Stelle bzw. die Abwicklungsstelle hat sich entweder die Vorlage der Belege oder die Einsichtnahme in diese bei dem:der Förderungswerber:in vorzubehalten.

Sofern für den Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung der Zuschusssummen die Verwendung personenbezogener Daten erforderlich ist, ist der:die Förderungswerber:in im Förderungsvertrag zu verpflichten, die diesbezüglichen personenbezogenen Daten zu übermitteln.

10.5 Auflagen und Bedingungen

Über den Anspruch aus der gewährten Förderung darf weder durch Abtretung, Anweisung oder Verpfändung noch auf andere Weise verfügt werden.

Aktivierungspflichtige Vermögensgegenstände sind mindestens für die Hälfte der Amortisationsdauer der geförderten Sachen an der PVE zu belassen (Behaltepflcht). Die PVE muss ab vollständiger Übermittlung der Abrechnungsunterlagen mindestens für die Dauer der Behaltepflcht des Vermögensgegenstandes mit der längsten Amortisationsdauer ordnungsgemäß und den Zielen des Vorhabens entsprechend genutzt und in Betrieb gehalten werden (Betriebspflcht).⁴

Alle Bücher und Belege sowie sonstigen relevanten Unterlagen sind – unter Vorbehalt einer Verlängerung der Aufbewahrungsfrist durch die Abwicklungsstelle – 10 Jahre nach Ende des Kalenderjahres der letzten Auszahlung sicher und geordnet aufzubewahren, wobei zur Aufbewahrung auch geeignete Bild- und Datenträger verwendet werden können, wenn die vollständige, geordnete, inhaltsgleiche, urschriftgetreue und überprüfbare Wiedergabe bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist jederzeit gewährleistet ist. In diesem Falle ist der:die Förderungswerber:in verpflichtet, auf seine:ihre Kosten alle Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind, um die Bücher, Belege und sonstigen relevanten Unterlagen lesbar zu machen, und, falls erforderlich, ohne Hilfsmittel lesbare dauerhafte Wiedergaben beizubringen sowie bei Erstellung dauerhafter Wiedergaben diese auf Datenträgern zur Verfügung zu stellen.

Aufzeichnungen und Unterlagen, die mit Prüfungen, Rechtsbehelfen, Rechtsstreitigkeiten oder der Verfolgung von Ansprüchen, die sich aus der rechtlichen Verpflichtung ergeben, oder mit Untersuchungen des OLAF im Zusammenhang stehen, werden aufbewahrt, bis die betreffenden Prüfungen, Rechtsbehelfe, Rechtsstreitigkeiten, Verfahren zur Verfolgung von Ansprüchen oder Untersuchungen abgeschlossen sind. Bei Aufzeichnungen und Unterlagen, die mit Untersuchungen des OLAF im Zusammenhang stehen, gilt die Pflicht zur Aufbewahrung ab dem Zeitpunkt, zu dem der:die Förderungswerber:in von diesen Untersuchungen unterrichtet wurde.

Die Aufzeichnungen und Unterlagen müssen entweder im Original, als beglaubigte Kopien der Originale oder auf gängigen Datenträgern vorliegen; dies gilt auch für elektronische Versionen der Originalunterlagen und für Unterlagen, die nur in elektronischer Form vor-

⁴ Im Hinblick auf die Vorgaben von § 36 ARR 2014 wird angemerkt, dass es sich um eine 50%-Förderung handelt. Daher entspricht die Dauer der Betriebspflcht dem aliquoten Teil der Amortisationsdauer.

handen sind. Sind sie in elektronischer Form vorhanden, so sind keine Originale erforderlich, wenn solche Unterlagen die geltenden rechtlichen Anforderungen erfüllen, um als dem Original gleichwertig und für Prüfzwecke zuverlässig zu gelten.

Die Gewährung einer Förderung ist von der Einhaltung der auf den Sachverhalt zutreffenden Förderbedingungen des § 24 Abs. 2 ARR 2014 abhängig zu machen, wenn nicht abweichende Regelungen in der Sonderrichtlinie getroffen wurden.

11 Auskünfte und Überprüfungen

Die haushaltsführende Stelle bzw. die Abwicklungsstelle kann die Angaben des Förderungswerbers bzw. der Förderungswerberin z. B. durch Abfragen in der Transparenzdatenbank kontrollieren. Wenn es darüber hinaus zur Kontrolle erforderlich ist, kann die Abwicklungsstelle weitere Nachweise aus der Gebarung des Förderungswerbers bzw. der Förderungswerberin verlangen.

In Ergänzung zu den Vorgaben in den § 24 Abs. 2, 25 und 27 ARR 2014 sind zusätzlich folgende Bestimmungen einzuhalten:

Der:Die Förderungswerber:in hat zu akzeptieren, dass die haushaltsführende Stelle bzw. die Abwicklungsstelle regelmäßige Prüf-, Kontroll- und Einschaumaßnahmen vornehmen kann, um sich zu vergewissern, dass die bereitgestellten (Förderungs-)Mittel im Einklang mit allen anwendbaren Vorschriften (Unionsrecht sowie nationales Recht) verwendet wurden und dass alle Maßnahmen zur Durchführung von Reformen und Investitionsvorhaben im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans im Einklang mit allen anwendbaren Vorschriften ordnungsgemäß durchgeführt wurden, insbesondere hinsichtlich Prävention, Aufdeckung und Behebung von Betrug, Korruption und Interessenkonflikten. § 24 Abs. 2 ARR 2014 bleibt unberührt.

Der:Die Förderungswerber:in hat zu akzeptieren, dass die haushaltsführende Stelle bzw. die Abwicklungsstelle geeignete Maßnahmen ergreifen kann, um Betrug, Korruption und Interessenkonflikte gem. Art. 61 Abs. 2 und 3 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates (im Folgenden „Haushaltsordnung“), die sich gegen die finanziellen Interessen der Union richten, zu verhindern, sowie rechtliche Schritte ergreifen kann, um nicht widmungsgerecht verwendete Mittel im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans – insbesondere in Bezug auf Maßnahmen zur Umsetzung von Reformen und Investitionsvorhaben – wieder einzuziehen. § 25 ARR 2014 bleibt unberührt.

Der:die Förderungswerber:in hat zur Kenntnis zu nehmen, dass die haushaltsführende Stelle bzw. die Abwicklungsstelle zum Zweck der Prüfung und Kontrolle der Verwendung der Mittel und der Bereitstellung diesbezüglicher Angaben im Zusammenhang mit den

Maßnahmen zur Durchführung von Reformen und Investitionsvorhaben Daten der folgenden standardisierten Kategorien erheben kann und den Zugang zu ihnen sicherzustellen hat:

- Name des Förderungswerbers bzw. der Förderungswerberin der Mittel
- Name von Auftragnehmern bzw. Auftragnehmerinnen und Unterauftragnehmern bzw. Unterauftragnehmerinnen, wenn der:die Förderungswerber:in ein öffentlicher Auftraggeber bzw. eine öffentliche Auftraggeberin im Sinne des Unionsrechts oder des österreichischen Rechts über die Vergabe öffentlicher Aufträge ist
- Vorname(n), Nachname(n) und Geburtsdatum der wirtschaftlichen Eigentümerin bzw. des wirtschaftlichen Eigentümers des Förderungswerbers bzw. der Förderungswerberin

§ 27 ARR 2014 bleibt unberührt.

Der:Die Förderungswerber:in hat zu akzeptieren, dass Organe der Europäischen Kommission, des OLAF, des Europäischen Rechnungshofs, der EUSTA ermächtigt sind, ihre Rechte nach Art. 129 (1) der Haushaltsordnung auszuüben, und ihr:ihm entsprechende Verpflichtungen auferlegt werden können. § 24 Abs. 2 ARR 2014 bleibt unberührt.

12 Rückzahlung

Der:Die Förderungswerber:in ist zu verpflichten, die ausgezahlten Mittel nach schriftlicher Aufforderung durch die haushaltsführende Stelle bzw. die Abwicklungsstelle binnen 30 Tagen ganz oder teilweise zurückzuzahlen. Das Erlöschen von Ansprüchen auf vertraglich zugesicherte, aber noch nicht ausbezahlte Förderungen ist vorzusehen, wenn

- Organe oder Zuständige des Bundes, der aws oder der EU von dem:der Förderungswerber:in über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet worden sind,
- von dem:der Förderungswerber:in vorgesehene Berichte nicht erstattet oder Nachweise nicht erbracht oder erforderliche Auskünfte nicht erteilt worden sind, sofern in diesen Fällen eine schriftliche, entsprechend befristete und den ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtsfolge der Nichtbefolgung enthaltende Mahnung erfolglos geblieben ist, sowie sonstige in diesen Richtlinien vorgesehene Mitteilungen unterlassen wurden,
- die Zuschusssumme von dem:der Förderungswerber:in ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet worden ist,
- der:die Förderungswerber:in nicht aus eigener Initiative unverzüglich – jedenfalls noch vor einer Kontrolle oder deren Ankündigung – Ereignisse meldet, welche die Durchführung der geförderten Leistung wesentlich verzögern oder unmöglich machen oder deren Abänderung erfordern würden,
- der:die Förderungswerber:in vorgesehene Kontrollmaßnahmen be- oder verhindert oder die Berechtigung zur Inanspruchnahme der Förderung innerhalb des für die Aufbewahrung der Unterlagen vorgesehenen Zeitraums nicht mehr überprüfbar ist,
- die Leistung von dem:der Förderungswerber:in nicht oder nicht rechtzeitig (mit Ausnahme von Verzögerungen, die nicht im Verschulden des Förderungswerbers der Förderungswerberin liegen und die mit der aws abgestimmt wurden) durchgeführt werden kann oder durchgeführt worden ist,
- der:die Förderungswerber:in das Abtretungs-, Anweisungs-, Verpfändungs- und sonstige Verfügungsverbot nicht eingehalten hat,
- die Bestimmungen des Gleichbehandlungsgesetzes von einem geförderten Unternehmen nicht beachtet wurden,

- das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz oder das Diskriminierungsverbot gemäß § 7b BEinstG nicht berücksichtigt wird,
- von Organen der EU die Aussetzung und/oder Rückforderung verlangt wird,
- sonstige Förderungsvoraussetzungen, die die Erreichung des Förderungszwecks sichern sollen und im Förderungsvertrag vereinbart wurden, von dem:der Förderungswerber:in nicht eingehalten wurden,
- die geförderten Vermögensgegenstände nicht für die Dauer der Behaltspflicht gemäß Punkt 10.5 in der PVE behalten werden, sofern keine Ersatzinvestition getätigt wird.

Falls die PVE in den auf die vollständige Übermittlung der Abrechnung folgenden Jahren nicht ordnungsgemäß und den Zielen des Vorhabens entsprechend genutzt und in Betrieb gehalten wird (siehe Punkt 10.5), gelten folgende Rückzahlungskriterien:

- innerhalb der ersten fünf Jahre: 100 %
- nach sechs Jahren: 90 %
- nach acht Jahren: 80 %
- nach zehn Jahren: 70 %
- nach zwölf Jahren: 60 %
- nach 14 Jahren: 50 %
- nach 16 Jahren: 40 %
- nach 17 Jahren: 30 %
- nach 18 Jahren: 20 %
- nach 19 Jahren: 10 %
- Nach 20 Jahren erfolgt keine Rückzahlung.

Die Rückzahlungspflicht endet jedoch spätestens mit dem Ablauf der Betriebspflicht gemäß Punkt 10.5.

Diese Rückzahlungskriterien kommen nicht zur Anwendung, wenn die vorgesehene Nutzung als PVE deswegen nicht möglich ist, weil die Sozialversicherung einen befristeten PVE-Vertrag aus Gründen, die nicht in der Sphäre des Förderungswerbers bzw. der Förderungswerberin liegen, nicht verlängert.

Anstelle der gänzlichen Rückforderung kann die haushaltsführende Stelle bzw. die Abwicklungsstelle in Einzelfällen eine bloß teilweise Einstellung oder Rückzahlung der Förderung vorsehen, wenn

- die von dem:der Förderungswerber:in übernommenen Verpflichtungen teilbar sind und die durchgeführte Teilleistung für sich allein förderungswürdig ist, kein Verschulden des Förderungswerbers bzw. der Förderungswerberin am Rückforderungsgrund vorliegt und
- für die haushaltsführende Stelle bzw. die Abwicklungsstelle die Aufrechterhaltung des Förderungsvertrags weiterhin zumutbar ist.

Eine Änderung der Rechtsform des Förderungswerbers bzw. der Förderungswerberin oder der Eigentümerin bzw. des Eigentümers bedingt keine Rückzahlung, sofern der Betrieb der PVE entsprechend den Vorgaben des PrimVG und dieser Sonderrichtlinie auch unter der neuen Rechtsform bzw. unter dem:der neuen Eigentümer:in fortgeführt wird.

13 Datenschutz

Die haushaltsführende Stelle und die Abwicklungsstelle (im Folgenden „die Verantwortlichen“) sind gemeinsame Verantwortliche der Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Gewährung von Förderungen nach dieser Richtlinie. Der/Die Förderungswerber:in hat sowohl im Förderungsantrag als auch im Förderungsvertrag zur Kenntnis zu nehmen, dass

- die Verantwortlichen berechtigt sind, die im Zusammenhang mit der Anbahnung und Abwicklung des Förderungsvertrags anfallenden personenbezogenen Daten zu verarbeiten, wenn dies für den Abschluss und die Abwicklung des Förderungsvertrags (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO), für Kontrollzwecke und für die Wahrnehmung einer der Abwicklungsstelle (gesetzlich) übertragenen Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt (Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO), zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO) oder sonst zur Wahrung der berechtigten Interessen der Verantwortlichen oder eines Dritten (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO) erforderlich ist,
- die Verantwortlichen die für die Beurteilung des Vorliegens der Förderungsvoraussetzungen erforderlichen personenbezogenen Daten über die von dem:der Förderungswerber:in selbst erteilten Auskünfte hinaus auch durch Rückfragen bei den dafür in Betracht kommenden anderen Organen des Bundes (insbesondere beim Bundesministerium für Finanzen) oder bei einem anderen Rechtsträger, der einschlägige Förderungen zuerkennt oder abwickelt, oder bei sonstigen Dritten erheben oder diesen übermitteln können, wobei diese wiederum berechtigt sind, die für die Anfrage erforderlichen personenbezogenen Daten zu verarbeiten und Auskunft zu erteilen,
- die Verantwortlichen zur Vornahme von Mitteilungen in die Transparenzdatenbank verpflichtet und berechtigt sind, Transparenzportalabfragen gemäß § 32 Abs. 5 TDBG 2012 durchzuführen,
- es im Rahmen der Datenverarbeitungen dazu kommen kann, dass personenbezogene Daten insbesondere an Organe und Beauftragte des Bundes (insbesondere gemäß §§ 57 bis 61 und 47 des Bundeshaushaltsgesetzes 2013, BGBl. I Nr. 139/2009 sowie § 14 der ARR 2014, in der jeweils geltenden Fassung), des Rechnungshofs (insbesondere gemäß § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes 1948, BGBl. Nr. 144/1948, in der jeweils geltenden Fassung), Organen und Einrichtungen der Europäischen Union nach den europarechtlichen Bestimmungen sowie der KommAustria gemäß den Bestimmungen des Medientransparenzgesetzes, BGBl. I Nr. 125/2011, in


der jeweils geltenden Fassung, übermittelt oder offengelegt werden müssen, wobei die Rechtsgrundlage dafür jeweils die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO) oder die Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse ist (Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO),

- die Verarbeitungen ausschließlich für Zwecke des Abschlusses und der Abwicklung des Förderungsvertrags, für Kontrollzwecke, sowie für Monitorings- und Evaluierungszwecke vorzunehmen sind und somit nicht für die Wahrnehmung sonstiger Aufgaben der Verantwortlichen,
- personenbezogene Daten gem. Abs. 2 lit. d der Verordnung (EU) 2021/241 des europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (im folgenden RRF-VO) von Organen des Bundes oder der Europäischen Kommission nur für den Zweck und die entsprechende Dauer der Prüfungen und Kontrollen zur Entlastung bezüglich der Verwendung von Mitteln im Zusammenhang mit der Durchführung der Vereinbarungen gem. Art. 15 Abs. 2 und Art. 23 Abs. 1 der RRF-VO verarbeitet werden. § 27 ARR 2014 bleibt unberührt.

Der/Die Förderungswerber:in hat zu bestätigen, dass die Übermittlung von Daten natürlicher Personen gegenüber den Verantwortlichen in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der DSGVO erfolgt und die betroffenen Personen von der förderungwerbenden Organisation über die Datenverarbeitung den Verantwortlichen informiert werden oder wurden.

14 Geltungsdauer der Sonderrichtlinie

Diese Richtlinie tritt mit 1. März 2022 in Kraft und endet mit der Abwicklung des letzten Förderungsfalls nach dieser Richtlinie.



**Bundesministerium für
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz**

Stubenring 1, 1010 Wien

+43 1 711 00-0

[sozialministerium.at](https://www.sozialministerium.at)